Kritik von CDU-Politikern an Zuwanderungspolitik

Bürgermeisterin vermisst finanzielle Unterstützung

In der ehemaligen Jugendbildungsstätte sind Geflüchtete aus der Ukraine untergebracht. Sonja Schemmann (2.v.l.) und Dagmar Hilgenbrink (l.) zeigten Christina Schulze Föcking und Marc Henrichmann den Gemeinschaftsraum. Foto: Büro Marc Henrichmann

NORDWALDE. Der Frust ist groß über die Zuwanderungspolitik des Bundes, auch in Nordwalde, heißt es in einer Pressemitteilung des CDU-Bundestagsabgeordneten Marc Henrichmann. Nach dem Flüchtlingsgipfel von Innenministerin Nancy Faeser sei er nicht kleiner geworden, im Gegenteil. „Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister fühlen sich im Stich gelassen“, so Henrichmann. Dies bestätige auch Sonja Schemmann. „Wir hatten mit finanzieller Unterstützung gerechnet“, sagte die Bürgermeisterin im Gespräch mit Henrichmann und seiner Landtagskollegin Christina Schulze Föcking. Doch diese Unterstützung komme nicht: „Die Kosten sind für uns als kleine Kommune nicht zu stemmen“, wird Sonja Schemmann in der Pressemitteilung zitiert.

Marc Henrichmann und Christina Schulze Föcking sehen den Bund grundsätzlich gefordert, Zuwanderung besser zu steuern – und erleben aktuell das Gegenteil. „Die Ampel gibt denjenigen ein Recht zu bleiben, die im Asylverfahren ihre Identität verschleiern und tricksen und täuschen“, kritisierte Henrichmann mit Blick auf das sogenannte Chancen-Aufenthaltsrecht der Bundesregierung. Die Parlamentarier fürchten um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Marc Henrichmann abschließend: „Wenn jemand kein Recht hat, in Deutschland zu bleiben, muss er das Land auch wieder verlassen.“